

Mannhofer Nachrichten.

Nr. 116.

Sonntag, den 29. September 1912.

23. Jahrgang.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Mannhof, den 28. September 1912.

Der Umzug steht vor der Tür oder hat schon mit allen seinen unerwünschten Begabungen für alle, die ihre Wohnung wechseln müssen, begonnen. Allerdings denkt niemand gern eher daran, als bis das Feuer auf den Nägeln brennt. Der Umzug kostet nicht nur Geld und Mühe, sondern auch Nerven! Der Oktoberumzug ist wohl die stärkste Umzugszeit des ganzen Jahres. So tragisch, wie früher, wird ein Umzug ja heute kaum noch genommen, und selbst in einer kleineren Stadt finden sich geschickte Hände, welche das Einpacken bereitwillig übernehmen, aber ein Wohnungswechsel bleibt immer ein Ereignis eigener Art wegen der unbestimmten Zukunft, weil man nicht weiß, ob man den Tag später rot oder schwarz anstreifen wird. Je größer der Ort, oder je knapper die zur freien Verfügung stehenden Wohnungen, um so stärker ist die Unruhe, denn die Bedeutung des Wortes von den „getreuen Nachbarn“ wird niemals so empfunden, wie vor Besitzergreifung eines neuen Quartiers. Unzweifelhaft spielt bei Wohnungsübergang die Zeitfrankheit der Nervosität eine recht große Rolle; was da in einer erregten Stunde zerrissen wird, wird nachträglich oft Monate hindurch bedauert. Wir streben in unserer Zeit alle nach einer Besserung, und so sie ausbleibt, suchen wir nach Sündenböden. Und das geschieht auch bei Enttäuschungen infolge eines Umzuges. Da muß man vor allem den Humor nicht vergessen einpacken und ihn mitnehmen, dann kommt man über das Meiste mit der Zeit schon fort!

Kaninchenfleisch. In mehreren Städten Sachsens haben sich in letzter Zeit Kaninchenzuchtvereine gebildet, die sich die Aufgabe gestellt haben, die Kenntnis der Kaninchenzucht sowie die Verwendung und Verwertung von Kaninchenfleisch durch Abhaltung von Kaninchenmärkten möglichst im Volk zu verbreiten. Für Hausfrauen werden Koch- und Bratrezepte kostenlos abgegeben. Es ist tatsächlich zu verwundern, daß die Kaninchenzucht und der Verbrauch des an sich billigen und wohlschmeckenden Kaninchenfleisches im allgemeinen bei uns bisher so verschwindend gering ist. Der Grund, daß in Deutschland dieses kleine Tier noch nicht marktfähig ist, dessen Zucht in England, Frankreich, Belgien und der Schweiz einen blühenden Industriezweig bildet, liegt wohl einerseits in dem Vorurteil, das die meisten Menschen gegen den Genuß nicht gewohnheitsmäßig geschlachteter Tiere haben, andererseits aber auch darin, daß die Vorzüge des Kaninchenfleisches, seine Schmachthaftigkeit, Zartheit, sein relativ hoher Nährwert und die vielfache Zubereitungsmöglichkeit der deutschen Hausfrau nicht genügend bekannt sind. Hingegen werden in London wöchentlich etwa eine halbe Million Kaninchen verspeist und die Pariser Restaurants füllen ihren Sälen sonntäglich etwa 500 Stück in verschiedenster Zubereitung auf. Wohl muß zugegeben werden, daß das Kaninchen auf die Dauer kein vollwertiger Ersatz für das Fleisch der gewohnheitsgemäß geschlachteten Tiere sein kann. Immerhin sollte man solche Bestrebungen, die auch dem Kernzweck eines guten Sonntagsbratens verhalten, auch aus volkswirtschaftlichen Gründen unterstützen. Denn darüber können Zweifel wohl nicht bestehen, daß die hohen Fleischpreise auch die Verfertiger zwingen, den Fleischkonsum einzuschränken oder sich nach einem nur legend annehmbaren Erfolg umzusehen.

Leipzig. Erfolgreicher Kampf gegen die Schmutzliteratur. Der vor 2 Jahren in Leipzig aus Angehörigen der verschiedensten Berufsweige gebildete Ausschuss zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur hat den Kampf gegen die Schmutzliteratur tatkräftig und mit gutem Erfolge geführt. Dafür sprechen die nachweisbaren Tatsachen, daß nicht nur aus den Auslagen und den Geschäftsnotizen der Buch- und Schreibwarenhandlungen die für unsere Jugend so gefährliche Schundliteratur fast vollständig verschwunden ist, sondern auch, daß der Umsatz in dieser Literatur in ganz bedeutendem Maße zurückgegangen ist. Nicht wenig haben dazu die „Weißen Listen“ beigetragen, die eine Empfehlung empfehlenswerter Geschäfte insofern darstellen, als in sie jeder Geschäftsinhaber aufgenommen wird, der die Erklärung abgibt, daß er Schundliteratur nicht führe und Bestellung darauf zurückweise. In anderen Städten sind die Schulbehörden sogar soweit gegangen, bei von ihnen namhaft gemachten Geschäften den Einkauf von Schulbüchern und Schreibwaren den Schulkindern direkt zu verbieten. Im gerichtlichen Verfahren, das dagegen eingeleitet wurde, ist das Vorgehen der betreffenden Schulbehörden für zulässig erklärt worden. Der Leipziger Ausschuss hat jetzt noch aus seiner Mitte einen engeren Ausschuss gebildet, der auf Antrag feststellt, ob eine Jugendschrift als Schund anzusehen ist. Es soll dadurch vermieden werden, daß in zweifelhaften Fällen jemand mit Unrecht beschuldigt wird.

Zur Begründung der Abänderung des Wahlrechts in Plauen wird darauf hingewiesen, daß das jetzt in Plauen eingeführte gleiche und geheime Wahlrecht die Möglichkeit bringe, daß eine Partei die Mehrzahl, ja Gesamtheit aller Mandate besetzt. Bisher habe zwar in Plauen noch kein Sozialdemokrat im Kollegium gesessen, aber es drohe die Gefahr, daß jetzt die Sozialdemokratie alle Sitze besetze. Darum sei die Abänderung des jetzigen Wahlrechts notwendig. Um auch den Winderheiten eine Vertretung zu sichern und den wertvollen und wichtigen Bürgergeschichten einen größeren Einfluß einzuräumen, teilt der neue Bürgermeister Dr. Dehne, der frühere Dresdener Stadtrat, in seinem Wahlrechtentwurf die Bürger in fünf Klassen oder Abteilungen ein. Die Grundlage der Einteilung ist das Einkommen. Die niedrigste Klasse sind die Bürger mit einem Einkommen bis 2200 Mk. (1. Abteilung), dann folgen die Bürger mit über 2200—4000 Mk., die mit über 4000—8000 Mk., die mit über 8000—12000 Mk., die

mit über 12000 Mk. Einkommen. Die Teilung in fünf Gruppen habe den Vorteil, daß dadurch eine größere Gliederung der Bürgerschaft erreicht werde, was den Winderheiten zugute komme. Nur fordert Dr. Dehne, daß aus der gesamten Wählerschaft die Bürger hervorgehoben werden müssen, denen wie beim Pluralwahlrecht ein größerer Einfluß eingeräumt werden soll. Als solche werden die Bürger angenommen, die: 1. mit Wohnhäusern anständig sind, 2. selbständig einen Beruf ausüben, 3. eine wissenschaftliche Ausbildung aufweisen, wie sie für den einjährig-freiwilligen Militärdienst genügt, 4. die sich über 15 Jahre im Besitze des Bürgerrechts befinden. Der Bürger, der in keiner Person eines oder mehrere dieser Merkmale aufweist, ist wahlberechtigt in der nächsthöheren Abteilung als der, die ihm nach seinem Einkommen zufließt. In Plauen würden nach dem gegenwärtigen Stande von 10354 Bürgern 4564 ein höheres Stimmrecht erreichen.

Vom Landtage.

Dresden, den 25. Sept.

Die heutigen Beratungen der Zwischendeputation für den Entwurf eines

Volksschulgesetzes

hatte wichtige Teile des Abschnittes 3 der Vorlage, betreffend die Ausbildung, Anstellung und Rechtsverhältnisse der Lehrer, zum Gegenstand und setzten bei § 37, Lehrprüfungen, ein. Der Berichterstatter Abg. Dr. Seyfert-Zichopow (natl.) beantragte die Gleichstellung der Nabelarbeits- und Haushaltungslehrerinnen mit den händlichen Lehrerinnen. Zur Begründung dieser Forderung wurde auf die Bedeutung des von diesen Lehrerinnen erteilten Unterrichts hingewiesen und eine Vertiefung der Vorbildung zu einer zweckmäßigen Erteilung desselben empfohlen. Regierungsrat wurde die Ablehnung dieses Antrages empfohlen und auf die Verschiedenheit der Ausbildung der in Frage kommenden Lehrerinnen und darauf hingewiesen, daß die beantragte Gleichstellung eine Leistung von 190000 Mark erforderlich mache. Die Abstimmung zeigte die Annahme des Antrages gegen die Stimmen der konservativen Deputationsmitglieder.

Zu § 38, Lehrkräfte der Fortbildungsschulen, äußerte Abg. Biener das Bedenken, es könnte das Ergebnis der Prüfung für die Anstellung von Fortbildungsschullehrern allein ausschlaggebend gemacht werden, ohne auf die praktische Bewährung in der betreffenden Tätigkeit entsprechende Rücksicht zu nehmen. Ein Antrag wurde mit Rücksicht auf eine entgegenkommende Erklärung der Regierung nicht gestellt und § 38 unter Aussetzung des Zusatzes wegen des Erfordernisses der Bekanntmachungsbefreiung in der Fassung erster Lesung angenommen.

Von § 39, Anstellung der Lehrer, wurden Abs. 1—4 nach der Regierungsvorlage angenommen. Die Regierung legte hierbei auf eine Anfrage zu, daß nach Auflösung der Ehe einer Lehrerin die Wiederanstellung nicht ausgeschlossen sei.

Bei § 44, der von den Pflichten der Lehrer handelt, trat der Regierungsvorleger zu Abs. 1 eine neue Fassung vor, bei der jedoch an der Höchstzahl von 32 Lehrstunden für Lehrer an Volksschulen und von 28 Stunden für Lehrer an Hilfsschulen, Hilfsklassen oder Fortbildungsschulen festgehalten wird. Ebenso soll es bei der Bestimmung bleiben, daß für Schuldirektoren die wöchentliche Stundenzahl ohne Festsetzung einer bestimmten Zahl nach den jeweiligen Verhältnissen abzurufen ist. Die Fortsetzung der Debatte über diesen Punkt, sowie die Beschlußfassung sollen in der nächsten Sitzung der Deputation stattfinden.

Der Geburtenrückgang — keine Gefahr.

Dresden. Die Erörterungen über die Abnahme der Geburtenziffer in Deutschland werden um einen bemerkenswerten Beitrag durch den Leiter des königlich sächsischen statistischen Landesamtes, Geheimrat Dr. Würzburger, im neuesten Heft der Zeitschrift dieser Behörde bereichert. Aus einem Vergleich der Geburten von 1898 und 1908 geht hervor, daß die Ueberzeugung, daß wenigstens in Sachsen der hier besonders starke Rückgang der Geburten nicht als ein Beweis dafür angesehen ist, daß wir uns auf dem Wege zu dem Zweifelhafte befinden. Den Rückgang der Verhältniszahl der ehelichen Geburten erklärt Würzburger vielmehr zum Teil durch die Vergrößerung des zeitlichen Zwischenraumes zwischen einer Entbindung und der nächsten. Sofern die ärztlichen Ermahnungen, den Müttern eine längere Erholungszeit zwischen den einzelnen Entbindungen zu lassen, in die Tat umgesetzt werden, ist das statistische Ergebnis zunächst eine Verringerung, später aber, wenn die nur zeitlich ausgeschobenen Geburten nachgeholt werden, eine Erhöhung oder doch beschränkte Verminderung der Geburtenziffer. In rassenhygienischer Hinsicht kann man eine derartige Abnahme der Geburten willkommen heißen, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt bietet sie zu ernstlichen Besorgnissen, solange neben dem Geburtenrückgang eine gleichwertige Abnahme der Sterblichkeit einhergeht, keinen Anlaß. Denn sie läßt eine Zukunft hoffen, in der die im erwerbsfähigen Alter stehenden Schichten noch mehr als bisher in der Bevölkerung überwiegen und weniger als bis heute mit der Fürsorge für denjenigen Teil des Nachwuchses belastet sein werden, dem es nicht vergönnt ist, bis in das erwerbsfähige Alter zu gelangen, oder der, wenn er dieses Alter erreicht, nicht solange am Leben und arbeitsfähig bleibt, wie die auf ihn verwandten Erziehung- und Ausbildungskosten mit einem höheren Gegenwert an eigenen Leistungen aufwiegen zu können. In diesem Sinne bedeutet die bei verringerter Geburtenziffer erhöhte Lebensdauer die Erreichung einer höheren Stufe in der Menschendynamie.

Die Bedenken für die Zukunft des deutschen Volkes gründen sich darauf, daß bereits jetzt, trotz der den Geburtenrückgang begleitenden Abnahme der Sterblichkeit, ein relativer (im Verhältnis zur Einwohnerzahl) und selbst ein absoluter Rückgang des Geburtenüberschusses eingetreten sei, und daß weiter die gegenwärtig noch ausgleichend wirkende Erniedrigung der Sterbeziffer ihre natürliche Begrenzung in absehbarer Zeit erreichen müsse. Geheimrat Dr. Würzburger entgegnet auf diese Befürchtungen: Ein relativer und selbst ein mäßiger absoluter Rückgang des Geburtenüberschusses kann nur unter der Voraussetzung beklagt werden, daß man ein geometrisches Steigen der Bevölkerungszahl für wünschenswert hält. Daß ein solcher Wunsch aber in weiteren Kreisen nicht geteilt wird, sieht für denjenigen fest, der sich daran erinnert, wie noch vor anderthalb Jahrzehnten das Schlagwort „Ueberbevölkerung“ infolge der von Jahr zu Jahr steigenden Geburtenüberschüsse eine ähnliche Bekommenheit hervorrief, wie jetzt der „Bevölkerungsrückgang“. In Sachsen betrug der Geburtenüberschuss:

1875—1880: 212479	1895—1900: 325051
1880—1885: 199659	1900—1905: 313338
1885—1890: 240607	1905—1910: 306716
1890—1895: 268603	

Ein jährlicher Bevölkerungszuwachs durch Geburtenüberschuss in einem Gebiet von 15000 qkm, wie Sachsen es ist, also von 40 auf 1 qkm im Laufe eines Jahres, ist so groß, daß die Klagen darüber, daß er nicht noch größer zu werden scheint, kaum verständlich sind. Wenn die Abnahme des Geburtenüberschusses sich gegenüber dem Höchststand von 1895—1900 ununterbrochen und unverändert fortsetzen sollte, würde ein Stillstand der Bevölkerung erst in 150 Jahren zu erwarten sein, nachdem die sächsische Bevölkerung auf 7 Millionen gestiegen wäre. Und dabei ist Sachsen eines der Gebiete, in denen der Geburtenrückgang am stärksten war!

Dem vorausgeschagten nahen Ende des Rückganges der Sterblichkeit steht, wie Geheimrat Dr. Würzburger weiter ausführt, zunächst die Tatsache entgegen, daß die Gleichzeitigkeit der Abnahme von Geburten und Sterblichkeit nicht einem zufälligen Zusammentreffen zuzuschreiben ist, sondern daß beide Erscheinungen insofern im Verhältnis von Ursache und Wirkung stehen, als die verringerte Kinderzahl eine bessere Pflege der Neugeborenen und daher eine verminderte Kindersterblichkeit zur Folge hat. So erklärt sich denn auch in der Tat die allgemeine Sterblichkeitsabnahme zum großen Teil durch die Verminderung der Kindersterblichkeit. Mit dem nämlichen Recht wie das Gegenteil kann jedoch die Ansicht vertreten werden, daß auch ferner eine etwaige weitere Verringerung der Geburtenzahl zu einer erhöhten Sorgfalt der Eltern für ihre Kinder und damit zu einer fortgesetzten Abnahme der immer noch bedeutenden Säuglingssterblichkeit führen wird. Würzburger weist darauf hin, daß auch eine Verlängerung der Lebensdauer der Erwachsenen in den letzten Jahrzehnten fortgesetzt eintrat und zahlreiche Maßregeln auf dem Gebiet der allgemeinen Hygiene, des Wohnungswesens, der Kinderfürsorge, des Arbeiterschutzes usw. unablässig getroffen und durchgeführt werden, um diese Verlängerung der Lebensdauer weiter zu fördern. Zum Schluß betont der Verfasser: Eine „Gefahr“ besteht allerdings schon jetzt; nämlich die, daß die fortwährenden „Finis Germaniae“-Rufe das Vertrauen des deutschen Volkes zu seiner eigenen Kraft untergraben und die Begehrlichkeit seiner Feinde erhöhen.

Toselli tut nicht mehr mit.

ca. Rom, im September.

Ein großes amerikanisches Blatt hatte kürzlich berichtet, daß die Gräfin Montignoso, die ehemalige Kronprinzessin von Sachsen, sich mit ihrem zweiten Gatten, dem Meister Toselli, nach langem Wader wieder ausgehört. Toselli, der gegenwärtig in Cattolica weilt, hat das jetzt energisch bestritten.

Zwischen mir und der Brinzeffin ist alles aus“ sagte Toselli zu einem ihn besuchenden Journalisten. „Ich habe das törichte Geschwätz und die nutzlosen Zeitungsvolemten satt; jetzt habe ich meine Arbeit, die mich ganz gefesselt hält, und ich gedenke mich wieder vollständig meiner Kunst zu widmen. Wahr ist, daß ich mich vor einiger Zeit nach Florenz begab, um die Brinzeffin von dort nach Belaro zu begleiten. Ich tat das nur auf ihr dringendes Bitten, denn sie war soeben erst von einer schweren Krankheit genesen und wollte nach Belaro gehen, um das Kind zu sehen, wie wir das nach unserer Trennung so vereinbart hatten, und um dort zu gleicher Zeit einen Arzt zu konsultieren, da ihr deutscher Arzt auf Reisen war. Unsere Beziehungen während der Reise und während des Aufenthalts in Belaro waren aber nur freundschaftlicher Natur. Die Brinzeffin wollte zwei Monate in Belaro bleiben, um das Kind alle Tage sehen zu können. Aber sie reiste schon nach fünf Tagen plötzlich nach Montreux ab. Von dort telegraphierte sie mir, daß ich ihr schnell folgen möchte; ich habe das aber nicht getan. . . . Man hat dann erzählt, ich hätte mich der Brinzeffin gegenüber verpflichtet, das Rechtfertigungsbuch, das ich schreibe, um einst in den Augen meines Kindes rein dazustehen, nicht zu veröffentlichten. Auch das ist nicht wahr. Es wäre auch wenig logisch, wenn ich das Buch, das mein Verhalten rechtfertigen soll, nicht an die Öffentlichkeit brächte. Mein Buch ist nichts als eine Darlegung der Tatsachen und eine Abwehr der Angriffe, die gegen mich gerichtet worden sind. Richtig ist, daß ich das Buch vernichtet hätte, wenn die Brinzeffin wieder zu mir zurückgekehrt wäre und sich verpflichtet hätte, ein schlichtes, bescheidenes und ruhiges Leben zu führen. Ich habe bis zuletzt versucht, sie zu retten. Ich wäre selbst gegen die öffentliche Meinung, die mich verurteilt und den gegen mich gerichteten Verleumdungen Glauben geschenkt hatte, gegangen, wenn ich nur meinem Kinde wieder die Mutter hätte zuführen können. Ich begab mich sogar nach Brüssel, um diesen letzten Versuch zu machen, aber die